

Herwig Birg

Bevölkerungen im Wandel

Fakten und Trends



Abb. 1: Vater und Sohn oder Zur Vereinbarkeit von Kindern und Karriere

Foto: imago

In der Öffentlichkeit herrscht die Vorstellung vor, die Demografie in Deutschland sei über Mutterkreuze, Eugenik und anderes mehr so eng mit der Nazizeit verquickt, dass jede Beschäftigung mit dieser Disziplin von vornherein suspekt ist. Der reale Problemdruck, welcher sich aus Alterung, Schrumpfung und ungelösten Integrationsproblemen durch Zuwanderung ergibt, hat aber dafür gesorgt, dass demografische Themen auf die vordersten Plätze der politischen Agenda gerückt sind.

Dabei wird häufig übersehen, dass die Demografie in Deutschland bereits im Zeitalter der Aufklärung entstanden ist. In seinem ersten großen Werk: „Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, Tod und Fortpflanzung desselben erwiesen“ (Berlin 1741, erweiterte Ausgabe 1761/62) warf der Bevölkerungswissenschaftler Johann Peter Süßmilch (1707–1767) bereits alle heute noch relevanten demografischen Themen auf: Grenzen der Tragfähigkeit der Erde, Umschlag des Weltbevölkerungswachstums in Schrumpfung und Integrationsprobleme durch Einwanderung (Abb. 5).

Die folgenden Fakten und Trends kennzeichnen derzeit die weltweite demografische Lage und wissenschaftliche Diskussion. Ihre teilweise Brisanz strahlt notgedrungen auf die Politik ab.

Langfristige Trends

1. Die demografische Alterung ist ein weltweites Phänomen, weil ihre Hauptursache – die starke Abnahme der Geburtenrate – in allen Kontinenten wirksam ist. Infolge der demografisch-ökonomischen Globalisierung verliert der Nationalstaat bei der Bewältigung der Auswirkungen demografischer Veränderungen seine Schutzfunktion. Als Abwehrmechanismus entwickelt sich in Deutschland ein politisch brisanter Neo-Kollektivismus, der ein wachsendes Wählerpotenzial anspricht.
2. Deutschland ist das erste Land der Welt, das den von der Fachdemografie seit langem thematisierten Übergang vom Bevölkerungswachstum in die Schrumpfung vollzog. Diese „Demografische Zeitenwende“ begann in den neuen Bundesländern 1969, in den alten 1972. Auf den Geburtenrückgang der 1970er folgte 20 Jahre später wie ein Echo der Elternrückgang, der jetzt wie bei einer Reihe fallender Domino-Steine fast zwangsläufig einen neuen Geburtenrückgang nach sich zieht. Dieser Negativtrend setzt sich fort (Abb. 3 und 4).
3. Die Bevölkerungsschrumpfung ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Dieser hält so lange an, wie die Geburtenrate unter dem bestandserhaltenden Niveau von rund zwei Kindern pro Frau liegt. Demografische Simulationsrechnungen zeigen,

dass sich die Schrumpfung wegen des bereits eingetretenen Rückgangs der Elternzahl selbst dann über die Jahrhundertmitte hinaus fortsetzen wird, wenn die Kinderzahl in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten wieder auf das bestandserhaltende Niveau zunähme. Der Grund: Nicht geborene Eltern können bei allen familienpolitischen Reformen keine Kinder in die Welt setzen. Die demografische Alterung läuft ab wie ein Uhrwerk und ist für mehr als ein halbes Jahrhundert nicht zu stoppen.

4. Das Durchschnittsalter der Deutschen wird bis zur Jahrhundertmitte auf über 50 Jahre ansteigen. Die wichtigste Ursache dafür ist nicht – wie oft behauptet wird – die steigende Lebenserwartung, sondern die niedrige Geburtenrate (Zahl der Lebendgeborenen pro Frau), die einen drastischen Rückgang bei der Zahl der Jüngeren bewirkt.
5. Langfristig kann Deutschland sich durch Einwanderungen demografisch nicht stabilisieren, sondern allein durch eine Erhöhung der Geburtenrate, denn die Eingewanderten haben ihrerseits eine Geburtenrate, die unter dem bestandserhaltenden Niveau liegt. Der maßgebliche Impuls für höhere Geburtenraten und eine nicht schrumpfende Gesellschaft läge in der besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit der Frauen, beispielsweise durch den Ausbau von Betreuungseinrichtungen im Schul- und Vorschulalter.
6. Für Finanzdienstleister und Versicherungswirtschaft bietet die demografische Krise eine Jahrhundertchance. Ihnen wurde von der Politik die Auf-

gabe übertragen, die infolge der Alterung nur noch mangelhaft erfüllbare Staatsaufgabe der sozialen Sicherung (Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) schrittweise zu privatisieren.

Die zunehmende Zahl der Älteren stellt auch den Gesundheitssektor vor gewaltige Aufgaben. Durch den überproportional hohen Zugewinn an Lebenszeit steigt beispielsweise die Zahl der Menschen in der für die Pflegeversicherung wichtigen Altersgruppe der über 80-Jährigen von drei Mio. in 2000 auf zehn Mio. 2050. Es ist kein Widerspruch, dass jeder Gewinn an Lebenszeit trotz der negativen Konsequenzen für das soziale Sicherungssystem von den Individuen als etwas Positives erlebt wird, zumal dann, wenn die „gewonnenen Jahre“ in Gesundheit verlebt werden (vgl. den Beitrag „Wohin mit Opa?“ ab Seite 24).

Konfliktlinien

Mittelfristig besteht das Hauptproblem des demografischen Wandels nicht im steten Absinken der Bevölkerungszahl insgesamt, sondern darin, dass einige Bevölkerungsgruppen wachsen, während andere schrumpfen; dies birgt die Gefahr, dass die Gesellschaft in widerstreitende Interessengruppen zerfällt. Dabei treten vor allem fünf Konfliktlinien hervor:

1. Generationenkonflikt

Durch die wachsende Zahl der Älteren nimmt die Gruppe der Versorgungsempfänger vom Ende des 20. Jahrhunderts bis zur Jahrhundertmitte um rund



Abb. 2: Die Welt als ein Dorf

10 Mio. Menschen zu. Hingegen schrumpft die Zahl der Einwohner im Erwerbsalter bzw. die Gruppe der Beitrags- und Steuerzahler auch bei hohen Einwanderungen aus dem Ausland im gleichen Zeitraum um rund 16 Mio.

Die Konsequenz: Das Versorgungsniveau in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sinkt auf Jahrzehnte hinaus stetig – mit gravierenden Folgen für den sozialen Frieden. Dabei werden gerade jene Frauen stark benachteiligt, die durch die Erziehung von Kindern (als den künftigen Beitragszahlern) die Finanzierung der überdurchschnittlich hohen Versor-

gungsbezüge der Kinderlosen in Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung getragen haben: Ihre Erziehungsarbeit wird von der Sozialversicherung nicht genügend berücksichtigt, so dass ihre Rentenansprüche besonders niedrig ausfallen (vgl. den Beitrag „Spiel des Lebens?“ ab Seite 10).

2. Verfassungskonflikt

Die so genannte demografische „Jugendlast“ resultiert aus der Zahl der Kinder und Jugendlichen auf 1000 Einwohner der mittleren Altersgruppe; die so genannte „Altenlast“ ist definiert als Zahl der Ruheständler bezogen auf dieselbe Größe.

Es stellt sich die Frage, bei welcher Geburtenrate die Summe aus Jugend- und Altenlast am geringsten ist. Die Antwort der Bevölkerungsmathematik lautet: In Ländern mit hoher Lebenserwartung wie Deutschland ist die Summe aus Jugend- und Altenlast dann am geringsten, wenn auf eine Frau 2,1 Lebendgeborene kommen. Bei 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau, wie hierzulande derzeit der Fall, ist der Rückgang der Jugendlast („demografische Dividende“) wesentlich kleiner als der Anstieg der so genannten Altenlast, so dass die Summe aus Jugend- und Altenlast bei einer niedrigen Geburtenrate wesentlich größer ist als bei einer höheren.

Darüber hinaus werden bei einer niedrigen Geburtenrate Frauen mit Kindern besonders benachteiligt. Das Bundesverfassungsgericht hat 2001 die Pflegeversicherung für verfassungswidrig erklärt, weil sie Menschen ohne Kinder in einer den Gleichheitsgrundsatz verletzenden Weise bevorzugt. Diese würden allein durch ihre monetären Beiträge zur Pflegeversicherung die gleichen Ansprüche erwerben wie jene, die durch die Erziehung von Kindern auch die vom Gericht als „generativen Beitrag“ bezeichnete Leistung erbringen; ohne diesen „generativen Beitrag“ aber brähe das umlagefinanzierte System der Pflegeversicherung ebenso zusammen wie das der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung.

Bereits in seinem berühmten „Trümmerfrauen-Urteil“ von 1992 hat das Bundesverfassungsgericht von der Politik umfassende Änderungen des gesamten Sozialrechtssystems verlangt – ohne Ergebnis. Verfassungsjuristen sprechen von einem andauernden „Verfassungsboykott“ durch die Politik. Dieser Verfassungsboykott ist wahrscheinlich die folgenreichste Auswirkung des demografischen Wandels, untergräbt er doch die kulturellen Fundamente unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems und damit die Basis unseres Wohlstands.

3. Regionalkonflikt

Gefährlich ist auch das Auseinanderdriften der Regionen und Gemeinden, macht es doch das im Grundgesetz verankerte Gebot, in allen Teilen des Bundesgebiets „gleichwertige“ (nicht gleichartige) Lebensbedingungen zu schaffen, im Grunde unerfüllbar. Trotz des bundesweiten Bevölkerungsrückgangs insgesamt gibt es Kommunen und Regionen, deren Bevölkerungszahl stabil bleibt oder sogar noch ein bis zwei Jahrzehnte wachsen wird, weil ihr Geburten-

Abb. 3:
Abnahme der Geburtenrate in Deutschland 1890 bis 2000

Quelle: Herwig Birg: Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München 2005, S. 38

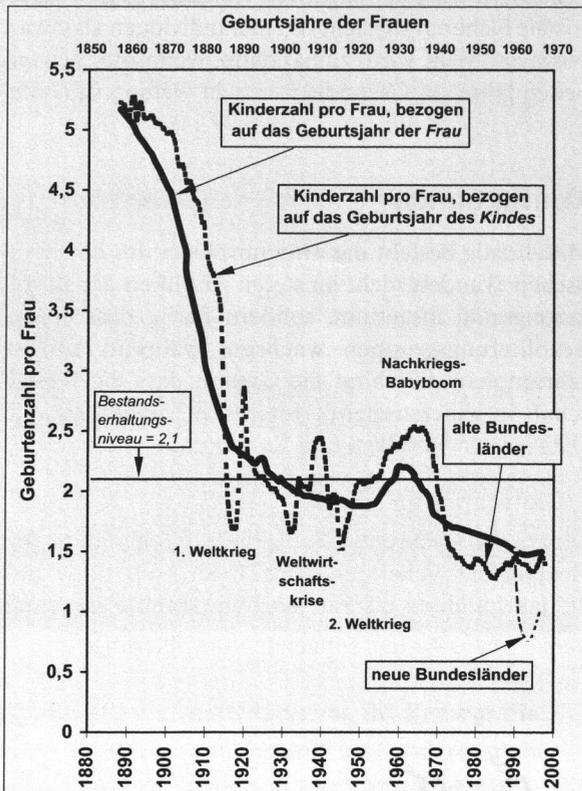
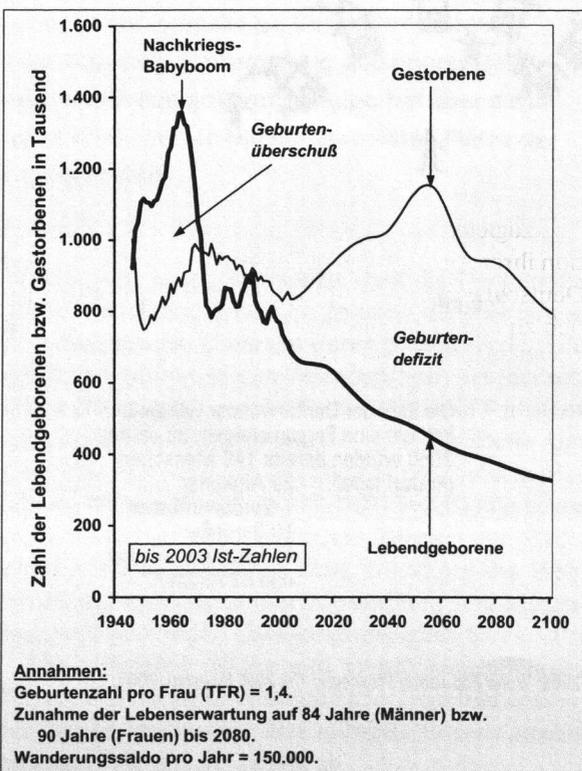


Abb. 4:
Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in Deutschland von 1949 bis 2003 und Vorausberechnungen bis 2100

Quelle: Herwig Birg: Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München 2005, S. 93



defizit durch die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands – die so genannte Binnenwanderung – mehr als ausgeglichen wird. Die jährlich rund vier Mio. Binnenwanderungen teilen die 13 800 Gemeinden in zwei Gruppen aus demografischen Gewinnern und Verlierern, wobei dem Bevölkerungsgewinn jeder Zielgemeinde ein ebenso großer Bevölkerungsverlust der Herkunftsgemeinde gegenübersteht.

Die neuen Bundesländer gehören ausnahmslos zu den Binnenwanderungsverlierern, aber auch im nördlichen Ruhrgebiet, in Süd-Niedersachsen, Nordhessen, im Saarland und in Nordbayern gibt es Landstriche mit ständigen Binnenwanderungsverlusten. Dabei ist die Selektionswirkung der Wanderungen entscheidend: Wenn überwiegend die Jüngeren und gut Ausgebildeten abwandern, schwächt das die wirtschaftliche Entwicklung und verstärkt die Abwanderung weiter. Es entsteht eine sich selbst tragende demografisch-ökonomische Abwärtsspirale (vgl. den Beitrag „Leerräume und Ballungsräume“ ab Seite 29).

4. Integrationsprobleme

Im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte zogen jedes Jahr 170 000 mehr Menschen nach Deutschland zu als fort. Auch nach dem Rückgang in den letzten Jahren ist die jährliche Zahl der Zuwanderer immer noch etwa so groß wie die der jährlichen Geborenen. Die durchschnittliche Geburtenrate unter den Zuwanderern liegt bei 1,9 Kindern pro Frau, die der Deutschen bei 1,2.

Obwohl die Geburtenrate der Zugewanderten also höher ist als die der Deutschen, liegt sie unterhalb des langfristigen Bestandserhaltungsniveaus von rund zwei Kindern. Da aber die Zugewanderten im Mittel sehr jung sind – die meisten kommen in dem typischen Elteralter zwischen 20 und 35 – reicht eine Geburtenrate von 1,9 Kindern pro Frau für ein Bevölkerungswachstum aus. Die Konsequenz ist, dass die nicht zugewanderte deutsche Bevölkerung aufgrund ihrer negativen Geburtenbilanz seit 1972 permanent schrumpft, während die der Zuwanderer durch Geburtenüberschüsse und weitere Zuwanderungen wächst.

Beide Gruppen driften immer mehr auseinander. Bei den unter 40-Jährigen hat der Anteil der Zugewanderten in einigen Großstädten die 50%-Schwelle erreicht, was jedoch in der amtlichen Statistik nicht ablesbar ist, weil nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht seit Januar 2000 hier geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Damit steigt die Zahl der Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit in der amtlichen Statistik und die mit ausländischer sinkt, obwohl die Zahl der Zugewanderten und ihrer Nachkommen ständig wächst.

5. Qualifikationskonflikte

Ein besonders wichtiges Migrationsphänomen resultiert aus der Untergliederung von Zu- und Abwanderern nach Staatsangehörigkeit. Seit einigen Jahren ist die Zahl der Abwanderer deutscher Staatsangehörigkeit wesentlich größer als die der deutschen Zuwanderer. In den zurückliegenden Jahrzehnten gab es dage-



Abb. 5:
Johann Peter Süßmilch
(1707–1767)
gilt heute als Wegbereiter der Statistik in Deutschland. Durch das Studium von Kirchenregistern entdeckte der Theologe eine Reihe von Regelmäßigkeiten bei der Entwicklung der Bevölkerung, die er auf Gottes Wirken zurückführte.

Foto: akg

gen stets mehr deutsche Zuwanderer als Abwanderer. Deutschland ist ein Einwanderungsland für Menschen aus der Dritten Welt und ein Auswanderungsland Richtung Erste Welt: Es gewinnt mehrheitlich weit unterdurchschnittlich qualifizierte Menschen und verliert gut qualifizierte. Die vom früheren Bundesinnenminister Otto Schily als „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ bezeichnete Entwicklung hat eine neue Stufe erreicht: die Abwanderung der das Sozialversicherungssystem stützenden Bevölkerung.

Ausblick

Eine gemeinsame Folge der hier dargestellten Konfliktlinien sind zunehmende soziale Kontraste und Gegensätze. Vor dem Hintergrund eines demografisch bedingt tendenziell schwächer werdenden Wirtschaftswachstums nehmen die Möglichkeiten des Staates zur Gegensteuerung mit den Mitteln der Sozial- und Verteilungspolitik ab. Der demografische Wandel schafft daher nicht nur Probleme, sondern er verringert zugleich die Möglichkeiten zur Kompensation ihrer Auswirkungen. Diese sind so vielfältig, dass Deutschland in den nächsten zehn Legislaturperioden zu einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Großbaustelle werden wird. ■



LESE-TIPP:

HERWIG BIRG:
Die ausgefallene Generation – Was die Demographie über unsere Zukunft sagt.
München 2006